

Wenn nur der Anstrich grün ist

Einige Anlagefonds tragen ihr Ökolabel zu Unrecht. Es gibt kaum Transparenz. **Von Mark Baer**

Das Volumen nachhaltiger Geldanlagen wächst Jahr für Jahr, und zwar deutlich. 2019 erhöhten sich die in nachhaltigen Publikumsfonds mit Schweizer Vertriebszulassung verwalteten Vermögen um 22%. Insgesamt steckten laut einer Studie des Zuger Instituts für Finanzdienstleistungen (IFZ) 196 Mrd. Fr. in grünen Fonds. Und es kommen laufend neue nachhaltige Produkte hinzu.

Standen 2017 den Schweizer Publikumsanlegern noch 315 verschiedene nachhaltige Fonds zur Verfügung, sind es heute schon 582. Allerdings: Gemessen am Gesamtmarkt bilden nachhaltige Fonds trotz dem enormen öffentlichen Interesse nach wie vor ein Nischensegment. Ihr Anteil am Vermögen aller Schweizer Publikumsfonds beträgt lediglich 3,5% (siehe Grafik).

Grüne Fonds integrieren eine oder mehrere nachhaltige Anlagestrategien, sogenannte ESG-Kriterien. So werden beispielsweise bestimmte Anlagen ausgeschlossen, die mit Verletzungen von Menschenrechten oder Klimawandelstrategien gegen geltende Normen oder Werte verstossen. Andere Fonds investieren in Unternehmen, die ökologischen, sozialen oder Governance-spezifischen Aspekten Rechnung tragen.

Wann ist ein Fonds nachhaltig?

Eine weitere ESG-Selektionsstrategie ist, dass Aktionärsstimmrecht ausgeübt und aktives Aktionärsmanagement betrieben wird. Dies, um die Unternehmenspolitik der investierten Firmen nachhaltiger auszurichten. «Wenn ein Fonds derartige Selektionsstrategien in den Anlageprozess integriert, kann man ihn zu Recht als nachhaltigen Fonds bezeichnen», sagt Professor Manfred Stüttgen von der Hochschule Luzern.

Einer anderen Logik folgen nachhaltige Themenfonds: Sie investieren in Vermögenswerte mit inhaltlichem Bezug zu Themen von Ökologie oder Sozialem und orientieren sich beispielsweise an den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen oder an Firmen, die einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Energieeffizienz oder zur Bekämpfung der Wasserknappheit leisten wollen.

In welchem Mass die angestrebten Ziele dann tatsächlich erreicht werden, ist laut Stüttgen nicht immer leicht messbar. Amara Goeree vom Zürcher Beratungsunternehmen Blue Phoenix sagt, dass gerade Themenfonds sich oft als nachhaltig bezeichnen, obwohl sie das nach ESG-Kriterien nicht unbedingt sind. In solchen Fällen liegt Greenwashing vor.

So kann Michael Sieg, CEO des britischen Impact-Vermögensverwalters Thomas Lloyd, nicht nachvollziehen, weshalb sich in einem Nachhaltigkeitsfonds Aktien oder Obligationen von Mineralölkonzernen oder Automobilbauern finden, nur weil diese auf das eine oder

andere Nachhaltigkeitsthema aufgesprungen sind. «Von einigen Anbietern würden wir uns wünschen, dass hier transparenter agiert wird. Letztlich ist Greenwashing nicht nur unethisch, sondern auch kontraproduktiv, denn wenn das Vertrauen in nachhaltige Finanzprodukte verloren geht, schadet das nicht nur der Finanzindustrie, sondern verunmöglicht auch das Erreichen der Klimaziele, die wir uns als Gesellschaft selber gesetzt haben», sagt Sieg.

Auch die schweizerische Finanzmarktaufsicht Finma hat das Problem erkannt. «Anleger könnten mit nicht haltbaren oder irreführenden Versprechungen über grüne Eigenschaften insbesondere von Produkten getäuscht werden», sagt Finma-Sprecher Tobias Lux. Wird festgestellt, dass die Bezeichnung einer kollektiven Kapitalanlage zur Verwechslung oder Täuschung Anlass gibt oder die notwendige Transparenz nicht sichergestellt ist, wird ein Fonds nicht genehmigt oder ist allenfalls ein Einschreiten



Ohne einen externen Experten ist es fast nicht möglich, die Nachhaltigkeitsqualität von Firmen sachlich fundiert zu beurteilen.

der Aufsichtsbehörde im Einzelfall notwendig. «Die Finma verfolgt die Entwicklung im Bereich der «grünen Anlagemöglichkeiten» genau», so Lux. Zu einzelnen aufsichtsrechtlichen Massnahmen will sich die Finanzmarktaufsicht aber nicht äussern.

Kampf dem Wildwuchs

Mangels international anerkannter Standards besteht heute noch kein gemeinsames Branchenverständnis betreffend Definition, Terminologien und Nachhaltigkeitsstrategien. Das bestätigt auch Markus Fuchs, Geschäftsführer der Swiss Funds & Asset Management Association: «Echte Transparenz ist kaum gegeben. Es herrscht ein Wildwuchs der Instrumente und Systeme zur Beurteilung der Nachhaltigkeit von Unternehmen und Fondsportfolios.» Laut Fuchs würde eine verbesserte Transparenz die Kosten für Investitionsentscheide der Anlegerinnen und Anleger senken: «Als Verband von Vermögensverwaltern muss es unser

Anspruch sein, gemeinsame Standards zu entwickeln.»

«Bevor man einen Fonds auswählt, sollte man sich immer fragen, ob man seinem Finanzberater vertraut», sagt Brian Mattmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IFZ. Das sei zunächst wichtiger als die nachgelagerte Frage nach dem richtigen Produkt. Wer aber alleine, also ohne externe Beratungsunterstützung entscheiden will, muss sich neben den üblichen Kriterien der Fondsauswahl (Performance, Gebühren, Investmentphilosophie, Fondsgrösse usw.) auch auf die Nachhaltigkeitsbewertung externer Anbieter verlassen. «Ohne den Rückgriff auf externe Spezialisten ist es aufgrund der komplexen Fragestellung heute fast nicht möglich, die Nachhaltigkeitsqualität von Unternehmen sachlich fundiert zu beurteilen», ergänzt der Teamkollege von Mattmann, IFZ-Professor Stüttgen.

Detaillierte Informationen: www.findYourSI.com und www.blog.hslu.ch/sustainable

Greenwashing bei Finanzprodukten

Thema auch im Parlament

Im Dezember hat SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo eine Interpellation zum Greenwashing eingereicht. Für Anlegerinnen und Anleger, die mit nachhaltigen Finanzprodukten etwas gegen den Klimawandel tun wollten, würden diese ein grosses Frustrationspotenzial bergen. Zur Erfüllung des Klimaabkommens, das eine Umlenkung der Finanzflüsse vorsieht, trügen diese kaum bei – obwohl das gewisse Banken suggerierten. «Wenn Finanzprodukte als grün angepriesen werden, muss auch grün drin sein. Welche Massnahmen gegen das Greenwashing auf dem Schweizer Finanzmarkt sieht der Bundesrat vor?», wollte Birrer-Heimo von diesem wissen. Greenwashing solle vermieden werden, entgegnete die Landesregierung. Deshalb unterstütze sie Transparenz und Offenlegung von relevanten Informationen und die Anwendung von international einheitlichen Definitionen und Standards in diesem Bereich. Damit ist insbesondere der Aktionsplans der EU für einen nachhaltigen Finanzsektor gemeint. Der Bundesrat habe relevante Behörden zudem beauftragt, Transparenzfragen zu vertiefen. (st.ä.)